

Ahlen Kooperation verlängert



Streitgespräch
Wege aus dem Engpass
Aus dem Verein
Vom Abschied und Bleiben

Wohnungen statt Polizei

Liebe Mitglieder,

im März hat die britische Rheinarmee die letzten Kasernen in Bielefeld verlassen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) übergeben. In die Vorplanungen der Stadt, wie die Kasernenstandorte für Wohnraum und Gewerbe demnächst genutzt werden sollen, platzte dann die Information, dass angeblich die Bundespolizei zumindest den Standort an der Detmolder Straße für eigene Zwecke nutzen wolle. Allerdings gibt es



dafür bis heute keine offizielle Anfrage an die Stadt. Bielefeld braucht diese Flächen dringend für den Wohnungsbau, aber auch für Gewerbe. 1.300 neue, vor allem bezahlbare Wohnungen, braucht das wachsende Bielefeld jährlich.

Gut also, dass die Politik jetzt Oberbürgermeister Pit Clausen per Ratsbeschluss beauftragt hat, sich für die insgesamt 40 Hektar großen Gelände an der Detmolder und an der Oldentruper Straße einzusetzen.

Bielefeld braucht diese Flächen und zwar am besten kostenfrei oder zumindest zu einem fairen Preis. Es kann nicht sein, dass sich die BIMA auf Kosten von Kommunen eine goldene Nase verdient. Schließlich sollten der Bund und Kommunen ein gemeinsames Interesse haben: Die Menschen mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen! Diesem Ziel käme Bielefeld näher, wenn es die Kasernen entwickeln könnte für Wohnungen und Gewerbe, statt für eine Niederlassung der Bundespolizei.

Ihre
Veronika Rosenbohm



Erfolgreiche Kooperation verlängert

Wenn Kommunen und Jobcenter mit dem
Mieterbund Ostwestfalen-Lippe (OWL)
zusammenarbeiten, lohnt sich das für alle.

285 Euro Nachzahlung verlangte der Wohnungskonzern LEG von Helga Gehring* für die Jahre 2016 und 2017. Und sie war nur eine von vielen Mietern in einem Quartier in Ahlen, die Nebenkosten nachzahlen sollten. Gut, dass Helga Gehring Mitglied im Mieterbund OWL wurde. Der Kreis Warendorf hatte entschieden, der Bezieherin von Arbeitslosengeld II den Mitgliedsbeitrag im Mieterbund OWL zu zahlen – im Rahmen einer Kooperation, die der Kreis, das Jobcenter und der Mieterbund OWL bereits vor vier Jahren vereinbart haben.

Im Fall von Helga Gehring war der Rechtsberaterin Cornelia Windisch-Bülter schnell klar: Die Forderung der LEG von rund 100 Euro für das Jahr 2016 war zu spät gestellt und die für das Jahr 2017 ebenfalls unwirksam, weil der Wärmelieferanten innogy SE Fehler gemacht hatte. „Aus einem Schreiben der LEG wissen wir, dass die innogy SE auf Bitten der LEG die Sammelwärmerechnung auf einzelne Liegenschaften aufgeteilt und dabei falsche Summen angesetzt hat“, erklärt die Rechtsberaterin. „Statt mit 902 Kilowatt wurde mit 2.378,80 Kilowatt gerechnet. Außerdem waren die Abrechnungen nicht nachvollziehbar“. Trotzdem versuchte die LEG, ihre Forderung einzuklagen. Erfolglos.

Das Amtsgericht Ahlen hat die Einschätzung des Mieterbundes OWL geteilt, die Klage der LEG abgewiesen und auch eine Berufung ausgeschlossen. In seiner Begründung stellte der Richter klar, dass die innogy SE Erfüllungsgehilfin der Klägerin LEG sei und daher der Fehler auch der LEG zuzurechnen sei. Und: „Unstreitig hat die Klägerin die Abrechnung der innogy SE nicht auf Richtigkeit überprüft, obwohl das ihr aufgrund der Vielzahl der Fälle hätte auffallen müssen“, argumentierte der Richter. Im Rahmen der Rechtsprechung sei aber anerkannt, dass der Vermieter sogar verpflichtet ist, zum Schutz ihrer Mieter gegen unberechtigte Forderungen von Energieversorgern vorzugehen.

Ein gutes Urteil. Nicht nur für Helga Gehring. Die LEG hatte ähnliche Forderungen an 33 weitere Bezieher von Transferleistungen in dem Ahlemer Quartier gerichtet und wird sie nicht durchsetzen können. Der Kreis Warendorf, der die Kosten der Unterkunft trägt, spart so insgesamt 8.300 Euro. Die Kooperation hat sich also wieder gelohnt. Fast 100 Mietern hat der Mieterbund OWL im Rahmen der Kooperation schon geholfen. Und zwar so erfolgreich, dass die Beteiligten die Vereinbarung jetzt verlängert haben.

* Der Name ist der Redaktion bekannt.

„Auf dem sozialen Auge blind“

Was tun nachdem der Markt versagt hat?

Beim 17. Bielefelder Streitgespräch des Mieterbundes Ostwestfalen-Lippe ging es um Wege aus dem Wohnungsengpass.

Verglichen mit den Mietern in Paris oder London seien die Berliner „einigermaßen verwöhnt“ – und, dies blieb ungesagt, damit die Bielefelder und Ostwestfalen allemal. Das gab Alexander Blažek beim wieder prominent besetzten Bielefelder Streitgespräch Anfang Februar zum Besten und machte so gleich klar, auf welcher Seite er steht. Der Vizepräsident von „Haus und Grund Deutschland“ kritisierte den gerade erst vom Berliner Senat beschlossenen Mietendeckel erwartungsgemäß als „verfassungswidrig“. Wohin so etwas führe, ließe sich im maroden Lissabon beobachten, wettete Blažek. Dabei vergaß er aber zu erwähnen, dass die Mieten dort seit 2013 um mehr als 70 Prozent gestiegen sind und der Sanierungsstau wohl kaum an zu niedrigen Mieten liegen dürfte.

Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbundes, verteidigte den Mietendeckel, der vor allem die Mieten einfriert und unter anderem überhöhte Mieten verbietet: „Die Bundesregierung hat nichts gegen die Wohnungsnot und die steigenden Mieten unternommen. Da machen sich die Länder selbst auf den Weg – wie jetzt Berlin“. Der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild, warb für den Berliner Weg und nahm die Kritik vorweg, dass vor allem betuchte Doppelverdiener in Altbauten profitieren: „Alle profitieren, insgesamt 1,5 Millionen Mieterhaushalte. Bei der derzeitigen Situation ist eine Atempause angebracht“, sagte Wild.

Arnd Fittkau, Vorstandsmitglied bei Vonovia, verwehrte sich gegen Vorwürfe, dem Konzern gehe es nur um Rendite. Er wurde nicht müde, zu betonen, wie sozialverträglich der Konzern saniere und Mieten erhöhe.

Inzwischen baue auch Vonovia – jährlich 3.000 Wohnungen. Obwohl das bei einem Bestand von insgesamt 400.000 Wohnungen eher dürftig ist, warb Fittkau für Bauen als Lösung aus dem Wohnungsengpass. Blažek pflichtete ihm bei und unterstellte: „In Berlin wird eben zu wenig gebaut“.

So einfach ist es nicht. „Bauen, bauen, bauen reicht nicht“, stellte Siebenkotten klar. „Die Mieten müssen beschränkt werden. Denn der Markt ist auf dem sozialen Auge blind und investiert nicht in günstigen Wohnraum“. Außerdem: In Berlin und auch in vielen anderen Städten sind die meisten Grundstücke in privater Hand, die oft nur zu horrenden Preisen verkaufen. „Sozialer Wohnungsbau und Infrastruktur wie Schulen und Kitas sind da kaum mehr möglich“, erklärte Wild. „Daher sollten wir Enteignungen wie in Frankreich androhen“. Der Vorschlag erschütterte. Blažek schimpfte „Berlin das Venezuela Deutschlands“ und im Publikum hielt es den Direktor des Verbands der Wohnungswirtschaft Rheinland und Westfalen Alexander Rychter nicht mehr auf dem Stuhl: „Das sind Debatten, die an unserer freiheitlichen Grundordnung rütteln“.

Hier lenkte Moderator Marcus Werner das Streitgespräch gekonnt wieder in ruhige und produktive Bahnen.

„Wir befinden uns im Spagat zwischen klimagerechter Ertüchtigung und dauerhafter Finanzierbarkeit von Wohnraum“, erklärte das Vonovia-Vorstandsmitglied Fittkau die steigenden Mieten. Heute bürdet aber der Paragraf 559 Bürgerlichen Gesetzbuch vor allem die Mietern die Kosten auf. „Das müssen wir ändern“, forderte Siebenkotten. „Die Kosten der energetischen Sanierung sollten zu je einem Drittel vom Vermieter, vom Mieter und vom Staat getragen werden.“ Wild pflichtete Siebenkotten bei, will aber weiter gehen. „Wir müssen zu ordnungsrechtlichen Instrumenten greifen und eine 1-Euro-Modernisierungszulage gewähren“.

Und der Ausweg aus der Wohnungsnot? Bauen in den Außenbezirken. Das konnten sich alle vorstellen. Aber da fehlt die Infrastruktur und Personal in den Bauämtern. Da wird Fläche in Zeiten des Klimawandels verbraucht. Und wo ist da begehrte Urbanität? Viele Fragen und Facetten – vielleicht für das nächste Streitgespräch.



v.l.n.r. Alexander Blažek, Arnd Fittkau, Lukas Siebenkotten, Reiner Wild, Marcus Werner und Veronika Rosenbohm



Ulla Schade



Christiane Schlumpberger

Der Mieterbund OWL: Ganz in Ihrer Nähe

Mieterbund Ostwestfalen-Lippe
und Umgebung e.V.

Marktstr. 5 · 33602 Bielefeld
Tel. 0521 · 56055-0
Fax 0521 · 56055-11
Hotline 0521 · 60023
verein@mieterbund-owl.de

Alte Torgasse 9 · 33098 Paderborn
Tel. 05251 · 296721
Fax 05251 · 296794
paderborn@mieterbund-owl.de

Königstr. 38 · 33330 Gütersloh
Tel. 05241 · 14096
Fax 05241 · 20245
guetersloh@mieterbund-owl.de

Brüderstr. 25 · 59555 Lippstadt
Tel. 02941 · 5633
Fax 02941 · 59509
lippstadt@mieterbund-owl.de

Marktplatz 3 · 32756 Detmold
Tel. 05231 · 39699
Fax 05231 · 38489
detmold@mieterbund-owl.de

Bahnhofstr. 6 · 32545 Bad Oeynhausen
Tel. 05731 · 27088
Fax 05731 · 27937
badoeynhausen@mieterbund-owl.de

Lange Str. 36-38 · 32105 Bad Salzuflen
Tel. 05222 · 16579
Fax 05222 · 363580
badsalzuflen@mieterbund-owl.de

Klinkstr. 18B · 32257 Bünde
Tel. 05223 · 188261
Fax 05223 · 9851970
buende@mieterbund-owl.de

Oststraße 12 · 59227 Ahlen
Tel. 02382 · 760099-7
Fax 02382 · 760099-8
ahlen@mieterbund-owl.de

Oelde
über Ahlen (siehe oben)

Kreis Höxter und Holzminden
Corbiestraße 11 · 37671 Höxter
Tel. 05271 · 9669900
Fax 05271 · 9663633
hoexter@mieterbund-owl.de

Vom Abschied und Bleiben

Im Kollegium des Mieterbundes Ostwestfalen-Lippe (OWL) hat es Veränderungen gegeben.

Ulla Schade geht. Zum 70. Geburtstag jetzt wirklich. Manch einer kann sich das noch nicht vorstellen. Eigentlich ist die Verwaltungskraft schon vor acht Jahren in den Ruhestand gegangen, weil sie sich mehr Zeit für die pflegebedürftige Mutter und die Enkel wünschte. Aber sie blieb noch auf 450-Euro-Basis dabei und rettete als Springerin so manches Mal die Öffnungszeiten einer Geschäftsstelle, vertrat die Kolleginnen mit Kindern in den Ferien und verkaufte am Monatsende die Mobiltickets. Sie war stets zu großem Einsatz bereit, wenn Not an der Frau war. „Als ich in Detmold eingesprungen bin, fuhr wegen einer Baustelle Schienenersatzverkehr. Da habe ich für einen Weg fast zwei Stunden gebraucht“, berichtet sie.

Ulla Schade war 21 Jahr beim Mieterbund OWL und hat mit Jürgen Frodermann, Wolfgang Spanier und Veronika Rosenbohm drei Vorsitzende kennengelernt. Sie erinnert sich gerne an die Betriebsausflüge und die netten Kolleginnen und Kollegen. Aber sie freut auch, dass es jetzt endlich in den Ruhestand geht. Wirklich.

Auch Christiane Schlumpberger macht der Weg von Bielefeld nach Detmold nichts aus. Die Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte hat im Dezember 2018 beim Mieterbund OWL angefangen, damals noch nebenberuflich. Inzwischen hat sie eine ganze Stelle,

wie sie sich das von Anfang an gewünscht hat. Zunächst waren Stunden in Bielefeld dazu gekommen.

„Dann habe ich gehört, dass wir jemanden in Detmold suchen“, berichtet die 47-Jährige. „Und da ich ganz im Osten der Stadt wohne, konnte ich mir sehr gut vorstellen, anderthalb Tage in Detmold zu arbeiten“. Im März hat sie im Lippischen angefangen und fühlt sich dort sehr wohl. Von dem Modell profitiert natürlich auch der Mieterbund OWL, der keine neue Mitarbeiterin suchen und einarbeiten muss.

Auch die Geschäftsstelle Höxter ist bestens besetzt – und zwar mit Christin Henze. Die 38-Jährige lebt in Boffzen, einer Nachbargemeinde von Höxter, und ist offensichtlich großer Fan des Weserberglandes. Jedenfalls schwärmt sie von der Fachwerkstatt Höxter, vom Kloster Corvey und der Gegend. „Klar, es ist schon von Vorteil hier in der Geschäftsstelle Höxter, wenn man viele Menschen und natürlich auch Mitglieder kennt“, sagt die Verwaltungskraft, die seit vergangenem Sommer mit neun Stunden in der Woche dabei ist. Sie vergibt die Termine, bringt die von Rechtsberatern diktierten Briefe zu Papier und beantwortet Fragen zur Mitgliedschaft. „Mir macht die Arbeit wirklich sehr viel Spaß, weil ich viel Kontakt zu Menschen habe und ich helfen kann“, sagt Christin Henze.

Impressum

Herausgeber: Mieterbund Ostwestfalen-Lippe und Umgebung e.V.
Redaktion: Silvia Bose, Ralf Brodda
Gestaltung: Vera Schmidt | www.schmidt-vera.de
Erscheinungsweise: Zweimonatlich
Verantwortlich: Veronika Rosenbohm, Joachim Knollmann, Hans-Georg Pütz
Auflage: 19.000